

Verzweiflungstat SPD verschenkt Geld

Es wäre vielleicht sinnvoll, eine Studie in Auftrag zu geben, die sich damit beschäftigt, ob es einen Zusammenhang zwischen der Verteilung von Wohltaten der SPD an die Bürger und dem Absinken ihrer Zustimmungswerte gibt. Tatsache ist, dass die Kostenfreistellung von den Kitagebühren den Sozialdemokraten in Berlin nichts gebracht hat, außer Kosten für die Landeskasse. Ich begreife es einfach nicht, warum Eltern, die es sich finanziell leisten können, für die Betreuung ihrer Kinder eine Gebühr zu bezahlen, davon freigestellt werden. Wer es sich nicht leisten kann, muss auch nichts bezahlen. Es gibt Fälle, wo gutverdienende Arbeitnehmer Dank der kostenfreien Kitaplätze einige Hundert Euro im Monat sparen. Und was machen diese undankbaren Menschen, sie wählen nicht die SPD.

Im Umkehrschluss könnte man sagen, je weniger Prozentpunkte die SPD bei Umfragen erreicht, desto größer die Geschenke. Das haben offenbar viele Leute inzwischen mitbekommen. Aktuell kommt die SPD in Berlin auf 16 Prozent, im Bund auf 15. Zeit also, mal wieder Geld unter die Leute zu bringen. Die Berliner Morgenpost meldet heute: „Mit einem mehrere Hundert Millionen Euro schweren Programm zur Entlastung von Familien und besserer Bezahlung von öffentlichen Bediensteten will die Berliner SPD wieder mehr Zustimmung gewinnen.“ Wie kann man sehenden Auges auf diese abstruse Einschätzung nach den Erfahrungen der letzten Jahre kommen?

„Der SPD-Landesvorstand will bei seiner Klausurtagung am Sonnabend aller Voraussicht nach ein Papier beschließen, das auf Vorschlägen aus dem Kreisverband Pankow basiert“, schreibt die Morgenpost.

Dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes mehr Geld bekommen sollen, ist grundsätzlich richtig. Aber nur dann, wenn es vornehmlich die unten Vergütungs- und Besoldungsgruppen betrifft. Leitende Beamte in den Bezirken müssen nicht befördert werden, sie bekommen schon ausreichend viel Geld.

Aber auch die Schulhorte sollen künftig für alle Jahrgangsstufen kostenfrei sein, nicht nur für die ersten beiden. Auch die Elternbeiträge für das Essen in Kitas und Schulen sollen künftig wegfallen. Nochmals: Eltern, die ausreichend gut verdienen, können diese Gebühren bezahlen. Freigestellt, auch von den Gebühren für das Essen, sollten alle werden, die unter einer bestimmten Einkommensstufe liegen, wobei vor allem Alleinerziehende entlastet werden müssen.

Der geplanten Wohltaten ist aber noch nicht genug, denn, „Außerdem will die SPD die Kunden der BVG entlasten und die Schülermonatskarte für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos machen.“ Toll. Warum nicht gleich ÖPNV kostenfrei für alle? Und warum sollen Schülermonatskarten kostenfrei sein, wo doch die Kids Eltern haben, die das bezahlen könnten, aber die Rentner, die alles selbst bestreiten müssen, nicht? Wenn man schon taktisch vorgeht, dann sollte man eher die Rentner als Wähler zurückgewinnen als die Eltern von schulpflichtigen Kindern, weil die ohnehin Links oder Grün wählen, oder wen auch immer, aber nicht die SPD.

Es gibt aber nach Angaben der Berliner Morgenpost auch sinnvollere Entlastungen als kostenfreie Horte und Schülermonatskarten. „Ein höherer Mindestlohn in Firmen, die Aufträge für das Land erledigen, steht in Aussicht, über die genaue Höhe wird noch diskutiert.“ „Weiterhin sollen die Berliner Wasserbetriebe ihre Tarife für Trink- und Abwasser noch einmal senken.“

„Für den Landesparteitag am 16. und 17. November sind weitere sehr kostenintensive Anträge der SPD-Basis angekündigt.“ Es wäre ja für die SPD wünschenswert, wenn der Wählerkauf gelänge. Aber, wie gesagt, nach den Erfahrungen der letzten Jahre sollte man die Hoffnungen nicht zu hochschrauben. Und wenn es schon finanzielle Entlastungen gibt, sollte die SPD das besser als bislang kommunizieren. So lange sie sich aber mit dem Thema Heimat beschäftigt, wird das nichts.

Hessen

Heute wurde die neueste Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrage des ZDF für Hessen veröffentlicht. Demnach käme die CDU auf 26 Prozent (-12,3 zur Wahl 2013), SPD 20 (-10,7), Grüne 22 (+10,9), FDP 8 (+3) Linke 8 (+2,8) und AfD 12 (+7,9). In Hessen ist die gleiche Katastrophe wie in Bayern für die Union und die SPD zu erwarten.

Am erfolgreichsten sind die Grünen. Sie versprechen eine bessere Umwelt und setzen sich für den Klimaschutz ein. Die Klimaziele der Bundesregierung sinken in gleichem Maße wie die Umfragewerte bei den Grünen steigen. So macht man Politik. Das Unmögliche fordern. Das kostet wenigstens nichts.

Ed Koch